

Trotz Steuerentlastungen weiterer Rückgang der Staatsdefizite .....	561
Beschäftigungssituation deutlich gebessert .....	567

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## WOCHENBERICHT 50/85

Berlin

12. Dezember 1985

52. Jahrgang

### Trotz Steuerentlastungen weiterer Rückgang der Staatsdefizite Zur mittelfristigen Finanzplanung der öffentlichen Haushalte 1985 bis 1989

*In der Bundesrepublik Deutschland gewinnt die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung an Breite, doch bleibt der Wachstumspfad zu flach, um die hohe Zahl der Arbeitsuchenden nachhaltig mindern zu können. Aus heutiger Sicht ist kaum damit zu rechnen, daß sich mittelfristig das Wachstumstempo beschleunigt und die Zahl der zusätzlichen Arbeitsplätze stärker zunehmen wird als — demographisch bedingt — das Erwerbspersonenpotential. Trotzdem sind die finanzpolitischen Entscheidungsträger des Bundes, der Länder und Gemeinden nach wie vor nicht bereit, eine aktive Beschäftigungspolitik einzuleiten. In den mehrjährigen Finanzplanungen der Gebietskörperschaften hat ein weiterer Abbau der staatlichen Finanzierungsdefizite Vorrang vor einer beschäftigungsfördernden Gestaltung der öffentlichen Haushalte. Von den Steuersenkungen 1986 und 1988, mit denen die Steuerzahler um insgesamt 17 bis 18 Mrd. DM entlastet werden sollen, werden nicht die notwendigen Impulse auf den Konjunkturverlauf ausgehen, zumal die Mindereinnahmen zu einem großen Teil durch Einsparungen auf der Ausgabenseite kompensiert werden.*

Die mehrjährige Finanzplanung ist ein Planungs- und Informationsinstrument der Wirtschaftspolitik. In ihr sollen Umfang und Struktur der staatlichen Einnahmen und Ausgaben mit den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungslinien, die sich mittelfristig abzeichnen, in Einklang gebracht werden. Insbesondere geht es darum, frühzeitig einen Ausgleich zwischen finanz- und gesamtwirtschaftlichen Zielen und Möglichkeiten herbeizuführen. Die Finanzpläne haben programmatischen Charakter. Sie informieren einmal die Wirtschaft über die längerfristigen Absichten der finanzpolitischen Entscheidungsträger (externe Informationsfunktion). Zum anderen können sie der Politik selbst Aufschlüsse darüber geben, ob und welche Mittel bzw. Handlungsspielräume zur Erreichung der Ziele zur Verfügung stehen (interne Informationsfunktion). Als ernsthafte Entscheidungshilfe kommt die Finanzplanung aber nur in Betracht, wenn die Planungsqualität bestimmten Standards entspricht.

Grundlage der staatlichen Finanzplanungen ist die mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, für die das Bundesministerium für Wirtschaft verantwortlich zeichnet. Sie soll zeigen, welche Zielwerte die

Exekutive unter den gegebenen Ausgangsbedingungen anstrebt. Allerdings vermitteln die veröffentlichten Ergebnisse nur grobe Informationen über die Projektion und ihre Annahmen, so daß es mühsam ist, die Konsistenz von Vorgaben und Ergebnissen nachzuzeichnen.

Anhand der gesamtwirtschaftlichen Vorgaben wird die Entwicklung der Staatseinnahmen geschätzt. Die erwarteten Einnahmen bestimmen — zusammen mit den Vorstellungen über die Höhe der öffentlichen Nettokreditaufnahme — den künftigen Ausgabenspielraum. Dieser Rahmen soll Exekutive wie Legislative die Grenzen finanzwirksamer Maßnahmen zeigen und zur Setzung von Prioritäten zwingen. Das Zahlenwerk der Finanzplanung ist sehr viel größer als das jährliche Budget; die Ansätze haben eher den Charakter von Eckwerten. Dabei ist zu beachten, daß sie in starkem Maße geprägt sind von den Empfehlungen des Finanzplanungsrates. Die Planwerte sind deshalb weniger als Ergebnis einer „individuellen“ Positionsbestimmung der jeweiligen Gebietskörperschaft, sondern vielmehr als Fortschreibung der mittelfristigen Empfehlungen des Finanzplanungsrates zu interpretieren.

Die hier vorgelegten Daten der kommunalen Ausgaben beruhen auf den Ansätzen der Gemeinden für die Jahre 1984 bis 1988, die vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht worden sind<sup>1</sup>. Entsprechende Angaben für den Planungszeitraum 1985 bis 1989 sind nicht verfügbar. Deshalb wurden die Daten für 1989 vom DIW geschätzt und außerdem die investiven Ausgaben für den gesamten Projektionszeitraum unter Wahrscheinlichkeitsgesichtspunkten korrigiert. Es zeigt sich immer wieder, daß diese Ansätze in der Finanzplanung der Gemeinden systematisch unterschätzt werden. Die Korrektur orientiert sich an dem erwarteten Steueraufkommen gemäß den Ergebnissen des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ (unter Berücksichtigung der Mindereinnahmen aufgrund des Steuerensenkungsgesetzes 1986/88) sowie an den in den Finanzplänen von Bund und Ländern vorgesehenen Zuweisungen an die Gemeinden.

### Mittelfristige Zielprojektion

Vorhersagen und Projektionen über die längerfristige Wirtschaftsentwicklung lassen sich heute, anders als früher — in Zeiten nahezu ungebrochenen Wachstums —, nicht mehr durch Fortschreibung von Vergangenheitsdaten ableiten. Es ist auch nicht möglich, konjunkturelle Abläufe über mehrere Jahre hinweg zu prognostizieren. Vor dem Hintergrund des aktuellen Konjunkturbildes und der kurzfristigen Prognose kommt es darauf an, ein konsistentes und plausibles Trendszenario zu entwickeln. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Wirtschaftspolitik, denn von ihrer Gestaltung wird das Wirtschaftsgeschehen erheblich beeinflusst.

Für die zweite Hälfte der 80er Jahre setzt die Bundesregierung auf einen „Aufschwung des langen Atems“. In ihrer Zielprojektion strebt sie keine steile Aufwärtsentwicklung, sondern eine stetige, wenn auch zu flache Expansion an. Für möglich und auch angemessen gehalten wird ein Wirtschaftswachstum von 2,5 vH im jährlichen Durchschnitt. Zugleich unterstellt die Regierung einen moderaten Preisanstieg von 2,5 vH pro Jahr. Das Wirtschaftswachstum wird in der Projektion von einer lebhaften Investitionstätigkeit getragen, im Jahresdurchschnitt steigen die nominalen Anlageinvestitionen um 6,5 vH. Jeweils 4,5 vH pro Jahr sind für die Zunahme des privaten Konsums und für den Anstieg der staatlichen Verbrauchsausgaben angesetzt. Das Gewicht des Außenhandels soll sich im Projektionszeitraum kaum verändern; für 1989 ist der nominale Außenbeitrag mit 3 vH des Sozialprodukts ähnlich hoch wie 1984, aber niedriger als in der Prognose für 1985 veranschlagt.

Die Beschäftigungsentwicklung als zentrale wirtschaftspolitische Größe wird von der Bundesregierung zuversichtlich beurteilt. Trotz des verhaltenen Wirtschaftswachstums soll die Zahl der Beschäftigten bis 1989 um insgesamt eine Dreiviertel Million steigen. Dieses Niveau

läßt sich bei der Wachstumsvorgabe allerdings nur erreichen, wenn der Produktivitätsfortschritt niedrig angesetzt wird bzw. Arbeitszeitverkürzungen unterstellt werden. In der Projektion verringert sich die durchschnittliche Arbeitszeit jährlich nur um einen halben Prozentpunkt; damit wird die Entwicklung im letzten Fünfjahreszeitraum (1979 bis 1984) fortgeschrieben. Die beschäftigungspolitische Zuversicht gründet sich also in erster Linie auf die Hoffnung, daß die Spanne zwischen Wachstum des Sozialprodukts und Produktivitätsfortschritt kleiner wird: In der Projektion weisen gesamtwirtschaftliches Wachstum und Produktivität (je Erwerbstätigenstunde) die gleiche Rate auf; im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts war der Produktivitätsfortschritt größer als das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Vermutlich ist der Produktivitätsfortschritt zu niedrig angesetzt, zumal im privaten Sektor ein überdurchschnittlicher Anstieg der Investitionen unterstellt wird, der wiederum die Produktivität erhöhen würde.

Angesichts der unterstellten Entwicklung der Endnachfrage sind Zweifel angebracht, ob die Annahmen im Hinblick auf das Investitionsverhalten nicht, wie schon in den früheren Projektionen, zu optimistisch sind. Auch die Bundesregierung dürfte vom Wohnungsneubau ebenso wie von den öffentlichen Investitionen nur geringe Wachstumsimpulse erwarten. Im ersten Jahr der Projektion, 1985, waren diese Investitionen stark rückläufig. Auch wenn für die kommenden Jahre ein positiveres Bild wahrscheinlich ist, wird die nominale Steigerung gegenüber 1984 — dem Basisjahr — in beiden Fällen kaum mehr als 2 vH pro Jahr betragen. Unter diesen Bedingungen müßten, damit sich die Projektion erfüllt, die Ausgaben der Unternehmen für Anlageinvestitionen um mindestens 10 vH, in realer Rechnung um 8 vH jährlich zunehmen.

Selbst wenn ein größerer Teil der privaten Investitionen als autonom (technischer Fortschritt) oder als notwendige Anpassung an die veränderte Umwelt (z.B. knappe Ressourcen) unterstellt wird, bleibt ein gewichtiger Teil, der als nachfrageinduziert anzusehen ist. Vor dem Hintergrund des extrem hohen Exportniveaus nimmt auch die Bundesregierung nicht an, daß sich auf mittlere Sicht der Außenbeitrag erhöht. Vom privaten Konsum und vom staatlichen Ausgabeverhalten sind ebenfalls nur geringe Impulse zu erwarten, die keine kräftige und dauerhafte Beschleunigung der Nachfrage signalisieren: Die steuerreformbedingten Anstoßwirkungen für den privaten Konsum dürften zumindest teilweise durch die weiterhin restriktive Ausgabenpolitik des Staates kompensiert werden. Auch kommen von der Einkommensverteilung und -verwendung keine Impulse, über die der private Verbrauch zu einem tragenden Element der gesamtwirtschaftlichen Expansion werden würde. In der Projektion der Bundesregierung bleibt also ausgeklammert, daß ein Aufschwung sich über Jahre nur fortsetzen kann, wenn insbesondere der private Verbrauch genügend stark zu-

<sup>1</sup> Vgl. M. Renz: Kommunale Finanzplanungen 1984 bis 1988. In: *Wirtschaft und Statistik*, Nr. 3/1985, S. 249 ff.

Zielprojektionen der Bundesregierung und realisierte Werte im Vergleich<sup>1</sup>

	1976 bis 1980		1977 bis 1981		1978 bis 1982		1979 bis 1983		1980 bis 1984	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Veränderung der Beschäftigung in 1000	500	985	700	915	370	363	500	-267	500	-724
Jährliche Durchschnitte										
Produktivitätsfortschritt in vH										
je Stunde	5,0	3,7	4,7	3,1	4,6	2,3	4 bis 4,5	2,0	3,5	1,9
je Erwerbstätigen	4,2	3,0	4,1	2,0	3,9	1,6	3,5 bis 4	1,6	2,5 bis 3	1,6
Wachstum des realen Bruttosozialprodukts in vH	4,5	3,5	4,5	2,4	4	1,6	4	1,2	3	0,9
Preisentwicklung (Deflator des BSP)	4	4,0	3,5	4,1	3	4,3	3	4,1	4	3,7
nominaler Außenbeitrag in vH des BSP	2	1,7	2	1,3	1,5	1,4	1,5	1,2	1,5	1,6
Jährliche Durchschnitte										
	1981 bis 1985		1982 bis 1986		1983 bis 1987		1984 bis 1988		1985 bis 1989	
	Soll	Ist <sup>2</sup>	Soll	Ist <sup>3</sup>	Soll	Soll	Soll	Soll	Soll	Soll
Veränderung der Beschäftigung in 1000	100 bis 300	-880	450 bis 650	-500	250	630	750			
Jährliche Durchschnitte										
Produktivitätsfortschritt in vH										
je Stunde	3	2,1	3 bis 3,5	2,3	2,5 bis 3	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
je Erwerbstätigen	2,5	1,7	2,5	1,9	2 bis 2,5	2	2	2	2	2
Wachstum des realen Bruttosozialprodukts in vH	2 bis 2,5	1,0	2 bis 3	1,6	2 bis 2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Preisentwicklung (Deflator des BSP)	3,5 bis 4	3,2	3,5 bis 4	2,9	3 bis 3,5	3	3	3	3	2,5
nominaler Außenbeitrag in vH des BSP	1	2,5	2	3,3	22,5	2,5	2,5	2,5	2,5	3

<sup>1</sup> Basis ist immer das Jahr zuvor, z.B. für den Planungszeitraum 1985 bis 1989 das Jahr 1984. — <sup>2</sup> 1985 geschätzt. — <sup>3</sup> 1985 und 1986 geschätzt.  
*Quelle:* Finanzberichte (versch. Jahrgänge), Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

nimmt, um die wachsenden Produktionskapazitäten auszulasten.

Vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik bleibt nach wie vor die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Rückführung der Staatsquote. Abermals ist vorgesehen, die Ausgabenseite zugunsten von produktiven Staatsinvestitionen umzustrukturieren.

Vergleicht man die Finanzpolitik im gegenwärtigen Aufschwung mit der im Aufschwung 1976 bis 1980, so zeigen sich markante Unterschiede. Damals stieg die Zahl der Beschäftigten bei einem durchschnittlichen Wachstum von jährlich 3,5 vH um eine Million, wesentlich mehr als erwartet. Die Finanzpolitik jener Zeit war zwar unstet, aber per Saldo wurde die positive Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung von den öffentlichen Haushalten unterstützt: Sowohl der Anteil der Gesamtausgaben des Staates am Bruttosozialprodukt als auch der Anteil seiner Käufe von Gütern und Dienstleistungen (einschl. Investitionen) — Ausdruck der unmittelbaren Bean-

spruchung der gesamtwirtschaftlichen Ressourcen durch den Staat — blieben im Aufschwung nahezu unverändert; Steuern und Abgaben entwickelten sich proportional zum Bruttosozialprodukt. Im Gegensatz zu damals wird gegenwärtig die konjunkturelle Aufwärtsbewegung von der Finanzpolitik mehr behindert als gefördert. Während die Steuer- und Abgabenquoten seit 1982 konstant geblieben sind, hat sich der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt — bei nur mäßigem Wirtschaftswachstum — um zwei Prozentpunkte verringert; diese Entwicklung ging fast ausschließlich zu Lasten der staatlichen Käufe, vor allem der Anlageinvestitionen.

### Ansätze der Finanzplanung

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre soll die Entwicklung in den letzten Jahren alles in allem fortgesetzt werden. Akzente werden durch die Steuersenkungen

1986 und 1988 gesetzt. Diese führen, folgt man den Zielvorstellungen der Bundesregierung und den Steuerschätzungen bis zum Ende des Planungszeitraums, zu einer Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote um rund einen halben Prozentpunkt. Trotz dieser Einnahmeverzichte sollen im Durchschnitt der Planungsperiode die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden um knapp 4 vH pro Jahr zunehmen. Der Ausgabenpfad entspricht der vom Finanzplanungsrat vorgezeichneten Linie und sieht ein jährliches Plus um 3 vH vor, also weniger als bei den Einnahmen. Die Entwicklung auf den einzelnen Haushaltsebenen unterscheidet sich nur wenig, die Bundesausgaben sollen etwas schwächer, die der Gemeinden etwas stärker zunehmen. Am Ende des Planungszeitraums sollen die Defizite der Gebietskörperschaften insgesamt um fast 15 Mrd. DM unter dem Soll von 1985 (43 Mrd. DM) liegen; gemessen am Steueraufkommen bedeutet dies einen Rückgang von 10 vH auf reichlich 5 vH. Während das Finanzierungsdefizit im Bundeshaushalt nur in geringem Umfang vermindert wird — der Bund trägt die Hauptlast der geplanten Steuersenkungen —, sollen sich die Fehlbeträge in den Länderhaushalten fast halbieren; die Kommunen erzielen über den gesamten Zeitraum hinweg Überschüsse, 1989 dürften es fast 5 Mrd. DM sein.

Allerdings stellt sich die Frage, ob angesichts der projizierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Ausgabenansätze nicht zu knapp bemessen sind. Dies gilt insbesondere für die Verbrauchsausgaben. Die Finanzplanungen sehen für die Personalausgaben und die laufenden Sachaufwendungen jährliche Zuwachsraten von jeweils etwas mehr als 3 vH im Durchschnitt vor. Dies ist wesentlich weniger, als in der Zielprojektion (4,5 vH pro Jahr) unterstellt wird und erscheint auch dann noch als zu niedrig, wenn man berücksichtigt, daß möglicherweise der Anstieg des Verbrauchs der Sozialversicherung höher als der von Bund, Ländern und Gemeinden veranschlagt worden ist. Sollten die Ansätze für die Personalausgaben verwirklicht werden, so müßte entweder das Arbeitsvolumen im öffentlichen Dienst und damit das Angebot an staatlichen Dienstleistungen verringert werden. Oder es gelänge, die Einkommensentwicklung der Staatsbediensteten ebenso deutlich wie bisher unter dem gesamtwirtschaftlichen Einkommensanstieg zu halten.

Die Zielprojektion selbst gibt keinen unmittelbaren Hinweis auf die unterstellte Entwicklung und Verteilung der Bruttoeinkommen; hierüber informieren die Eckdaten für die mittelfristige Steuerschätzung. Verknüpft man den dort unterstellten Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltsumme mit dem projizierten Beschäftigungszuwachs, so erhöhen sich die Pro-Kopf-Einkommen gegenüber 1984 um über 4 vH im Jahresdurchschnitt. Die Personalausgaben der Gebietskörperschaften sollen aber im Durchschnitt um fast einen Prozentpunkt weniger zunehmen. Von 1982 bis 1985 sind zwar die Pro-Kopf-Einkommen im Staatssektor durchschnittlich um 2,5 vH, in den übrigen

Wirtschaftsbereichen dagegen um 3,7 vH pro Jahr gestiegen. Der niedrige Anstieg im öffentlichen Dienst war das Ergebnis betont zurückhaltender Tarifabschlüsse bzw. Folge davon, daß die Besoldungsanpassung für die Beamten ausgesetzt wurde. Dies wird sich in diesem Umfang wohl kaum wiederholen.

Die Ansätze für die laufenden Sachaufwendungen — auch sie sollen um 3 vH pro Jahr zunehmen — dürften gerade ausreichen, das reale Niveau zu halten. Anders als früher sollen die militärischen Beschaffungen bis 1989 etwas langsamer als die staatlichen Gesamtausgaben und die übrigen laufenden Sachaufwendungen steigen.

Ebenfalls im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung stehen die Ansätze der staatlichen Investitionsplanung. Für den Projektionszeitraum ist ein Anstieg der Sachinvestitionen um 2,5 vH pro Jahr vorgesehen, nachdem diese Ausgaben von 1980 bis 1984 um mehr als ein Fünftel zurückgenommen worden sind. In Anbetracht dieser Kürzungen, des aufgestauten Bedarfs an Modernisierungen und des zusätzlichen Bedarfs in Engpaßbereichen wie dem Umweltschutz sind die geplanten Ausgabensteigerungen, die fast nur Preiserhöhungen auffangen, Ausdruck wirtschaftspolitischer Passivität.

Werden die Planansätze verwirklicht, so geht die unmittelbare Beanspruchung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials durch die Gebietskörperschaften weiter zurück, von über 18 vH im Jahre 1984 auf weniger als 17 vH am Ende dieses Jahrzehnts; 1980 waren es noch knapp 20 vH. Ähnlich wird sich die „Transferquote“ der Gebietskörperschaften entwickeln: Der Anteil der Übertragungen an andere Sektoren und an die Sozialversicherung (ohne Zinsausgaben) wird von knapp 13 auf 11,5 vH sinken (1980: 13,4 vH)<sup>2</sup>.

Die Transferausgaben der Gebietskörperschaften setzen sich in erster Linie aus den Renten (Kriegsopfer), Unterstützungen (Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Kindergeld, Wohngeld, u.ä.), Übertragungen an Unternehmen (insbesondere öffentliche Unternehmen) und den Transfers an die gesetzlichen Rentenversicherungen sowie an soziale Einrichtungen zusammen. Mehr als die Hälfte aller Transferzahlungen der Gebietskörperschaften leistet der Bund. Im Planungszeitraum sollen seine Verpflichtungen nur unterdurchschnittlich zunehmen:

- Trotz Einführung eines Kindergeldzuschlags für Geringverdienende und des Erziehungsgeldes sinken die kinderbezogenen Leistungen, weil die Kinderzahl weiterhin zurückgeht.
- Auch die Ausgaben für die Kriegsopferversorgung und -fürsorge sind rückläufig, weil die Zahl der Anspruchsberechtigten abnimmt.
- Die Bundesregierung hofft, daß der Trend zur verstärkten Langzeitarbeitslosigkeit gebrochen und somit

<sup>2</sup> Alle Daten in Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Mehrfährige Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden 1984 bis 1989

	Haushalt		Entw. 1986	Finanzplanung			Veränderungen in vH	
	Ist 1984	Soll 1985		1987	1988	1989	1985/1984	1989/1984 pro Jahr
	Mrd. DM							
Personalausgaben	167,0	172,0	177,8	183,7	189,9	196,3	3,0	3,3
Bund	35,5	36,6	37,9	39,0	40,3	41,5	3,3	3,2
Länder	93,6	96,5	99,8	103,2	106,7	110,4	3,1	3,4
Gemeinden	38,0	38,9	40,2	41,5	42,9	44,4	2,4	3,2
Lfd. Sachaufwand	84,4	87,5	90,3	93,3	95,9	98,1	3,6	3,1
Bund	38,0	39,0	40,2	41,5	42,4	42,5	2,6	2,2
Länder	21,0	22,2	23,2	23,8	24,5	25,4	5,8	3,9
Gemeinden	25,4	26,3	27,0	28,0	29,0	30,2	3,5	3,5
Sachinvestitionen	44,8	45,7	46,2	47,7	48,9	50,7	2,0	2,5
Bund	7,1	7,8	7,6	7,9	8,0	8,3	9,8	3,1
Länder	8,9	9,5	9,8	9,8	9,8	10,0	7,1	2,5
Gemeinden	28,8	28,4	28,9	30,0	31,1	32,4	-1,5	2,4
Summe								
Käufe v. Gütern u. Diensten	296,3	305,2	314,4	324,6	334,7	345,1	3,0	3,1
Bund	80,6	83,5	85,6	88,4	90,7	92,3	3,5	2,7
Länder	123,4	128,2	132,7	136,7	141,0	145,8	3,8	3,4
Gemeinden	92,2	93,6	96,1	99,5	103,0	107,0	1,5	3,0
Zinsausgaben	52,9	56,5	59,3	63,0	67,5	69,7	6,7	5,7
Bund	27,8	29,4	30,5	32,8	35,9	36,8	5,9	5,8
Länder	17,5	19,3	20,7	21,7	22,8	23,9	10,3	6,4
Gemeinden	7,6	7,7	8,1	8,5	8,8	9,0	1,2	3,4
Renten, Unterstützungen	61,4	61,6	66,4	68,0	68,7	69,8	0,2	2,6
Bund	32,9	31,8	35,2	35,3	34,8	34,6	-3,1	1,0
Länder	8,2	8,1	8,5	9,0	9,1	9,2	-1,9	2,2
Gemeinden	20,3	21,6	22,7	23,7	24,8	26,0	6,4	5,0
Transfers an soziale Einrichtungen	9,0	9,3	9,7	9,9	10,2	10,4	4,1	3,1
Bund	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	-7,6	-0,4
Länder	5,7	6,1	6,3	6,4	6,6	6,7	6,3	3,3
Gemeinden	2,3	2,4	2,5	2,6	2,7	2,8	3,5	3,8
Transfers an Unternehmen	37,9	37,9	36,1	36,7	36,7	36,7	0,1	-0,6
Bund	22,6	22,7	20,9	21,4	21,3	21,1	-0,2	-1,5
Länder	12,2	12,3	12,2	12,3	12,3	12,4	0,1	0,3
Gemeinden	2,9	3,0	3,0	3,0	3,1	3,2	2,1	2,0
Transfers an Sozialversicherung	39,6	40,9	41,7	43,3	45,1	46,9	3,5	3,5
Bund	39,4	40,8	41,5	43,1	44,9	46,7	3,5	3,5
Länder	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	5,6	2,1
Transfers an Länder/Gemeinden	68,1	70,6	70,6	73,4	74,8	76,5	3,7	2,4
Bund	27,5	28,4	27,4	28,5	28,6	28,7	3,3	0,9
Länder	40,6	42,2	43,1	44,9	46,2	47,8	3,9	3,3
Sonstige Ausgaben	49,2	52,0	51,3	51,2	52,9	58,2	5,6	3,4
Bund	20,0	21,9	22,1	21,3	22,6	26,8	9,6	6,1
Länder	18,9	19,3	18,2	18,5	18,6	19,2	2,2	0,4
Gemeinden	10,4	10,8	11,1	11,4	11,7	12,2	3,8	3,2
Ausgaben insgesamt <sup>1</sup>	537,4	554,2	568,9	586,4	605,5	625,6	3,1	3,1
Bund	251,8	259,3	263,9	271,7	279,7	287,9	3,0	2,7
Länder	226,7	235,5	241,9	249,8	256,8	265,3	3,9	3,2
Gemeinden	135,8	139,1	143,5	148,7	154,1	160,2	2,4	3,4
Einnahmen insgesamt <sup>1</sup>	492,1	511,3	526,8	548,9	570,6	597,0	3,9	3,8
Bund	223,1	234,0	238,7	246,4	254,3	264,2	4,9	3,4
Länder	208,7	217,4	224,8	235,3	243,9	255,6	4,2	4,1
Gemeinden	137,2	139,6	143,8	151,0	157,5	165,0	1,7	3,8
Steueraufkommen	400,0	421,9	434,6	458,1	477,5	504,6	5,5	4,8
Bund	197,2	207,7	211,8	221,9	229,6	241,2	5,3	4,1
Länder	150,0	158,7	165,4	175,0	183,0	194,3	5,8	5,3
Gemeinden	52,8	55,5	57,4	61,2	64,9	69,1	5,2	5,5
Finanzierungssaldo	-45,3	-42,9	-42,1	-37,5	-34,9	-28,6	-5,1	-8,8
Bund	-28,7	-25,3	-25,3	-25,3	-25,4	-23,7	-11,6	-3,7
Länder	-18,1	-18,1	-17,1	-14,5	-12,9	-9,7	0,3	-11,7
Gemeinden	1,4	0,5	0,3	2,3	3,4	4,8	-65,3	27,2

<sup>1</sup> Ohne innerstaatliche Transaktionen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Finanzministerien der Länder, Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des DIW.

die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe allmählich abnehmen werden.

- Für 1986 und die Folgejahre hat der Bund seine Leistungen an die Deutsche Bundesbahn auf jährlich weniger als 14 Mrd. DM plafondiert.

Bei den Gemeinden schlagen vor allem die Leistungen für die Sozialhilfe zu Buche. Nach dem kräftigen Anstieg in den letzten Jahren ist hier mit einer etwas gedämpften, dennoch überdurchschnittlichen Entwicklung zu rechnen.

Auch die Zunahme der Zinsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden hat sich nach den exorbitanten Steigerungen zu Beginn der 80er Jahre abgeschwächt, da nicht nur die Zinssätze, sondern auch die Schuldenaufnahme gesunken sind. Nach der Projektion werden die Zinsausgaben um knapp 6 vH pro Jahr steigen; diese Rate stellt die Obergrenze dar.

### Fazit

In der mittelfristigen Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Basis der mehrjährigen Finanzplanung, sind Wachstums- und Beschäftigungsziel der Bundesregierung widersprüchlich: Beide sind von der Hoffnung auf einen anhaltenden Investitionsboom geprägt; gleichzeitig wird mit einer nur geringen Produktivitätssteigerung gerechnet. Widersprüchlich sind auch die Annahmen über die Finanzpolitik. Die Finanzpläne folgen den Empfehlungen des Finanzplanungsrates, der nach

wie vor eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs auf 3 vH jährlich für erforderlich hält. Damit ist zugleich die Grenze der unmittelbaren Beanspruchung der gesamtwirtschaftlichen Ressourcen durch den Staat markiert. Offensichtlich kollidieren diese Ausgabenansätze aber mit den Vorstellungen über das staatliche Ausgabeverhalten, wie sie in der mittelfristigen Zielprojektion zum Ausdruck kommen: Der Staatsverbrauch ist dort mit einer durchschnittlichen Rate von 4,5 vH angesetzt; zugleich soll die Ausgabenseite zugunsten der staatlichen Investitionen umstrukturiert werden, so daß die staatlichen Ausgaben, mit denen das Sozialprodukt unmittelbar in Anspruch genommen wird, mindestens in der gleichen Größenordnung zunehmen würden.

Welche „Variante“ staatlichen Ausgabeverhaltens — ob die Linie in der Finanzplanung oder die in der Zielprojektion — die höhere Wahrscheinlichkeit besitzt, ist unklar. Die Anzeichen sprechen aber dafür, daß bis zum Ende der 80er Jahre an der sparsamen Ausgabenpolitik festgehalten wird. Die Qualität der Finanzpolitik wird wohl auch künftig in erster Linie daran gemessen, in welchem Umfang die öffentlichen Defizite verringert werden und nicht daran, ob sie einen Beitrag zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung leistet. Soll die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in einen stabilen Aufschwung einmünden, so müssen die Impulse der Finanzpolitik über das Steuersenkungsprogramm 1986/88 hinausgehen. Letztlich zeigt dies auch die Zielprojektion der Bundesregierung.

## Beschäftigungssituation deutlich gebessert

### Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Quartal 1985

Im September dieses Jahres hat das Statistische Bundesamt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung abermals einer größeren Revision unterzogen. Sie reicht zurück bis 1975 und war verbunden mit einer Umstellung auf die Preisbasis 1980. Im Rahmen dieser Revision hat das Amt rückwirkend auch die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer revidiert. Ausgehend von einer nur geringfügigen Korrektur für die Beschäftigtenzahl 1979 ergaben sich Jahr für Jahr größer werdende Anhebungen gegenüber dem zuvor amtlich nachgewiesenen Beschäftigungsniveau. 1984 waren danach im Jahresdurchschnitt 120 000 Personen mehr beschäftigt, als vorher in dieser Statistik ausgewiesen worden war, am Jahresende sogar mehr als 200 000. Es handelt sich also nicht um eine bloße Niveaueinkorrektur, sondern zugleich um eine andere Verlaufsdarstellung.

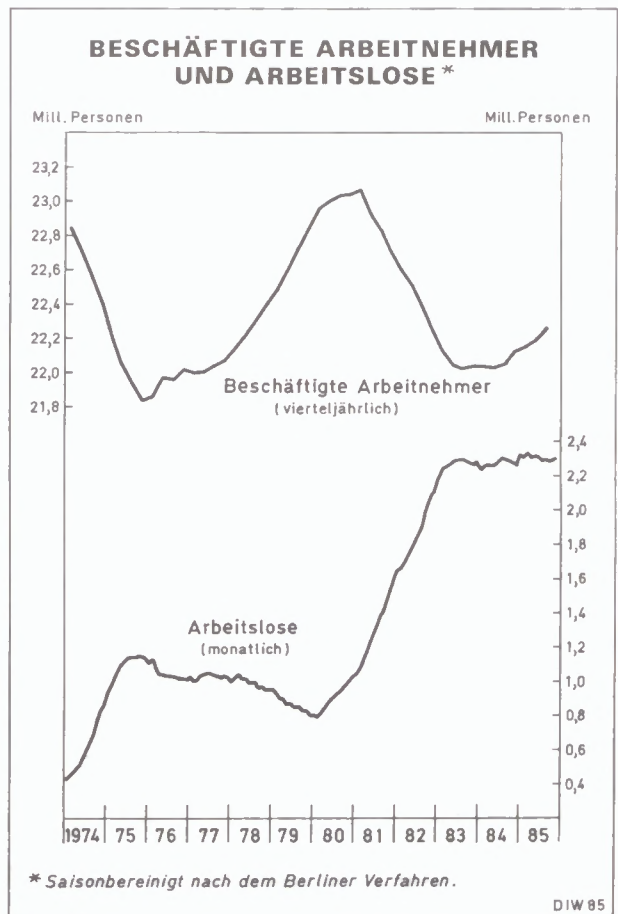
Die Revision der Beschäftigtenzahl korrespondiert weitgehend mit der der Bruttoeinkommen; an den durchschnittlichen Einkommen je Beschäftigten sind nur ganz geringfügige Korrekturen vorgenommen worden.

Das DIW hat seinen umfangreichen Datensatz über die Beschäftigung und die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik inzwischen an die neuen Vorgabedaten des Statistischen Bundesamtes angepaßt. Diese Vierteljahresrechnung, disaggregiert nach Wirtschaftsbereichen, sozialen Gruppen und dem Geschlecht, liegt nunmehr auch wieder in Form „Langer Reihen“ vor. Damit besteht die Möglichkeit, die regelmäßige Berichterstattung über die vierteljährliche Entwicklung von Beschäftigung und Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer wieder aufzunehmen. Ein vollständiges Bild liefert die Statistik bisher allerdings erst bis zum zweiten Quartal dieses Jahres. Für die Entwicklung der Beschäftigtenzahl gibt es jedoch schon bis zum dritten Quartal 1985 reichende Informationen, die im vorliegenden Bericht berücksichtigt werden.

Mit der fortgesetzten konjunkturellen Aufwärtsbewegung von Nachfrage und Produktion hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres 1985 ein relativ kräftiger Anstieg der Zahl der insgesamt Beschäftigten ergeben. Saisonbereinigt ist diese Zahl — jeweils gegenüber der entsprechenden Vorperiode — im ersten Quartal dieses Jahres um 25 000, im zweiten um 50 000 und schließlich im dritten um 60 000 gestiegen. Der Blick auf eine etwas längere Zeitspanne zeigt, daß die Beschäftigtenzahl mit etwa einjähriger Verzögerung der allgemeinen konjunkturellen Bewegung gefolgt ist: Setzte der konjunkturelle Anstieg der Produktion zu Jahresbeginn 1983 ein, so folgte diesem zu Jahresbeginn 1984 die konjunkturelle Besse-

rung bei der Beschäftigung. Zunächst war sie noch relativ schwach und wurde im Frühjahr 1984 auch durch die Arbeitskämpfe beeinträchtigt. Seit Herbst 1984 ist der Anstieg jedoch kräftiger geworden. Im dritten Quartal war die Beschäftigtenzahl in der Gesamtwirtschaft um knapp 1 vH, d. h. um rund 200 000, höher als in der entsprechenden Vorjahresperiode.

Der Vergleich zwischen der konjunkturellen Entwicklung der Beschäftigtenzahl und derjenigen der Arbeitslosen, wie er in der untenstehenden Graphik dargestellt ist, zeigt eine deutliche Divergenz. Die Erhöhung der Zahl der Beschäftigten spiegelt sich nicht bei der Arbeitslosigkeit wider. Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitslosen — nach den hauptsächlich mit der Witterung zusammenhängenden Schwankungen in der ersten Jahreshälfte — seit der Jahresmitte leicht zurückgegangen. Das Niveau war aber in allen Monaten dieses Jahres noch höher als im entsprechenden Vorjahresmonat.



**Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer<sup>1</sup> in der Bundesrepublik Deutschland<sup>2</sup>  
im 1. Quartal 1985**

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen									Veränderung gegenüber Vorjahr in vH		
	Männer				Frauen				Ins-gesamt	Männer	Frauen	Ins-gesamt
	Gesamt	Arbeiter	Ang u. Beamte	Auszu-bildende	Gesamt	Arbeiter	Ang u. Beamte	Auszu-bildende				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	174	106	32	36	65	32	16	17	239	2,4	3,2	2,6
Bergbau	203	153	35	15	9	3	6	0	212	-4,7		-4,5
Energiewirtschaft	217	115	95	7	34	6	28	0	251	0,9	0,0	0,8
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3</sup>	5 494	3 569	1 438	487	2 328	1 395	736	197	7 822	0,5	0,5	0,5
dav.: Grundstoff- und Prod.-güter	1 132	769	311	52	273	115	136	22	1 405	-1,4	0,0	-1,1
Investitionsgüter	3 021	1 891	826	304	991	567	359	65	4 012	1,7	1,7	1,7
Verbrauchsgüter	896	631	195	70	761	568	136	57	1 657	-0,8	-0,9	-0,8
Nahrungs- und Genußmittel	445	278	106	61	303	145	105	53	748	-0,4	0,3	-0,1
Baugewerbe	1 103	787	153	163	117	12	93	12	1 220	-7,2	-2,5	-6,7
Produzierendes Gewerbe	7 017	4 624	1 721	672	2 488	1 416	863	209	9 505	-1,0	0,3	-0,6
Handel	1 300	449	675	176	1 647	228	1 172	247	2 947	1,3	0,4	0,8
Verkehr <sup>4</sup>	1 087	471	560	56	294	78	204	12	1 381	-1,0	-1,0	-1,0
Handel und Verkehr	2 387	920	1 235	232	1 941	306	1 376	259	4 328	0,3	0,2	0,2
Öffentlicher Dienst <sup>5</sup>	2 362	363	1 950	49	1 620	253	1 306	61	3 982	-0,5	1,5	0,3
Geld-, Bank- u. Versicherungsgew.	402	13	339	50	386	22	318	46	788	0,2	0,3	0,3
Gastgewerbe	241	130	90	21	271	153	109	9	512	5,7	4,2	4,9
Häusliche Dienste	1	—	1	—	230	143	76	11	231	-0,4	-0,4	-0,4
Dienstleistungshandwerk <sup>6</sup>	202	172	18	12	455	304	76	75	657	6,9	5,6	6,0
Sonstige Dienstleistungen <sup>7</sup>	766	231	494	41	926	198	622	106	1 692	7,4	4,2	5,6
Dienstleistungen, gesamt	3 974	909	2 892	173	3 888	1 073	2 507	308	7 862	1,7	2,5	2,1
Insgesamt	13 552	6 559	5 880	1 113	8 382	2 827	4 762	793	21 934	0,1	1,3	0,5
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) <sup>8</sup>												
Land- und Forstwirtschaft	1 244	767	415	62	359	180	150	29	1 603	4,0	2,9	3,8
Bergbau	2 093	1 448	596	49	97	24	73	0	2 190	0,6		0,8
Energiewirtschaft	2 403	1 143	1 244	16	324	40	284	0	2 727	3,2	2,9	3,1
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3</sup>	54 946	32 274	21 727	945	15 737	8 282	7 078	377	70 683	0,8	1,0	0,8
dav.: Grundstoff- und Prod.-güter	12 511	7 222	5 183	106	2 179	736	1 399	44	14 690	0,2	1,8	0,4
Investitionsgüter	30 791	17 537	12 667	587	7 379	3 643	3 611	125	38 170	1,6	2,0	1,7
Verbrauchsgüter	7 900	5 131	2 629	140	4 474	3 148	1 214	112	12 374	-0,1	-0,1	-0,1
Nahrungs- und Genußmittel	3 744	2 384	1 248	112	1 705	755	854	96	5 449	-2,2	-1,6	-2,0
Baugewerbe	6 415	4 163	1 910	342	803	80	698	25	7 218	-22,0	-2,8	-20,3
Produzierendes Gewerbe	65 857	39 028	25 477	1 352	16 961	8 426	8 133	402	82 818	-1,9	0,9	-1,4
Handel	11 090	3 354	7 436	300	9 700	1 302	7 981	417	20 790	3,4	2,8	3,1
Verkehr <sup>4</sup>	9 978	3 703	6 170	105	2 256	412	1 822	22	12 234	0,7	1,2	0,8
Handel und Verkehr	21 068	7 057	13 606	405	11 956	1 714	9 803	439	33 024	2,1	2,5	2,2
Öffentlicher Dienst <sup>5</sup>	22 737	2 833	19 807	97	12 953	1 287	11 546	120	35 690	1,6	3,7	2,4
Geld-, Bank- u. Versicherungsgew.	4 546	109	4 320	117	3 229	142	2 980	107	7 775	2,5	2,8	2,6
Gastgewerbe	1 856	905	914	37	1 383	718	650	15	3 239	6,8	5,3	6,2
Häusliche Dienste	10	—	10	—	1 019	585	420	14	1 029	0,6	0,6	0,6
Dienstleistungshandwerk <sup>6</sup>	1 227	1 031	180	16	1 964	1 373	497	94	3 191	7,8	6,7	7,1
Sonstige Dienstleistungen <sup>7</sup>	6 788	1 658	5 056	74	5 053	1 006	3 857	190	11 841	8,4	5,4	7,1
Dienstleistungen, gesamt	37 164	6 536	30 287	341	25 601	5 111	19 950	540	62 765	3,4	4,1	3,7
Insgesamt	125 333	53 388	69 785	2 160	54 877	15 431	38 036	1 410	180 210	0,3	2,7	1,0
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM) <sup>8</sup>												
Land- und Forstwirtschaft	2 383	2 412	4 323	574	1 841	1 875	3 125	569	2 236	1,6	-0,3	1,1
Bergbau	3 437	3 155	5 676	1 089	3 593	2 667	4 056		3 443	5,5		5,5
Energiewirtschaft	3 691	3 313	4 365	762	3 176	2 222	3 381		3 622	2,2	2,9	2,3
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3</sup>	3 334	3 014	5 036	647	2 253	1 979	3 206	638	3 012	0,3	0,5	0,4
dav.: Grundstoff- und Prod.-güter	3 684	3 130	5 555	679	2 661	2 133	3 429	667	3 485	1,6	1,8	1,6
Investitionsgüter	3 397	3 091	5 112	644	2 482	2 142	3 353	641	3 171	0,0	0,3	0,0
Verbrauchsgüter	2 939	2 711	4 494	667	1 960	1 847	2 975	655	2 489	0,7	0,9	0,7
Nahrungs- und Genußmittel	2 804	2 859	3 925	612	1 876	1 736	2 711	604	2 428	-1,7	-1,9	-1,8
Baugewerbe	1 939	1 763	4 161	699	2 288	2 222	2 502	694	1 972	-16,0	-0,3	-14,5
Produzierendes Gewerbe	3 128	2 813	4 935	671	2 272	1 984	3 141	641	2 904	-1,0	0,5	-0,7
Handel	2 844	2 490	3 672	568	1 963	1 904	2 270	563	2 352	2,0	2,4	2,3
Verkehr <sup>4</sup>	3 060	2 621	3 673	625	2 558	1 761	2 977	611	2 953	1,7	2,2	1,8
Handel und Verkehr	2 942	2 557	3 672	582	2 053	1 867	2 375	565	2 543	1,8	2,3	2,0
Öffentlicher Dienst <sup>5</sup>	3 209	2 601	3 386	660	2 665	1 696	2 947	656	2 988	2,2	2,2	2,1
Geld-, Bank- u. Versicherungsgew.	3 769	2 795	4 248	780	2 788	2 152	3 124	775	3 289	2,2	2,5	2,4
Gastgewerbe	2 567	2 321	3 385	587	1 701	1 564	1 988	556	2 109	1,0	1,1	1,2
Häusliche Dienste	3 333	—	3 333	—	1 477	1 364	1 842	424	1 485	1,0	1,0	1,0
Dienstleistungshandwerk <sup>6</sup>	2 025	1 998	3 333	444	1 439	1 505	2 180	418	1 619	0,9	1,1	1,1
Sonstige Dienstleistungen <sup>7</sup>	2 954	2 392	3 412	602	1 819	1 694	2 067	597	2 333	0,9	1,2	1,4
Dienstleistungen, gesamt	3 117	2 397	3 491	657	2 195	1 588	2 653	584	2 661	1,6	1,5	1,5
Insgesamt	3 083	2 713	3 956	647	2 182	1 819	2 662	593	2 739	0,2	1,4	0,5

<sup>1</sup> Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — <sup>2</sup> Einschl. Berlin (West). — <sup>3</sup> Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — <sup>4</sup> Einschl. Bundesbahn und Bundespost. — <sup>5</sup> Einschl. Soldaten. — <sup>6</sup> U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — <sup>7</sup> U.a. Organisationen ohne Erwerbszweck und freie Berufe. — <sup>8</sup> Einschl. tariflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monatseinkommen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u.a.).

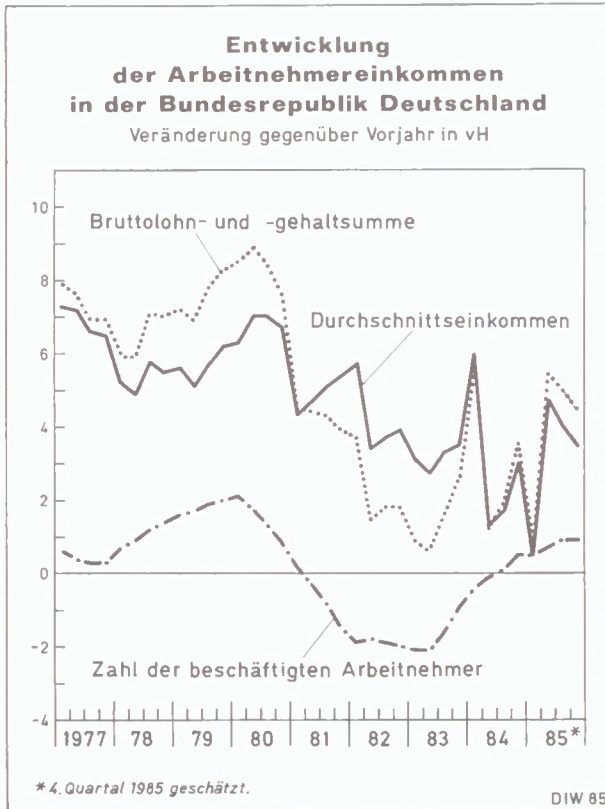
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

**Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer<sup>1</sup> in der Bundesrepublik Deutschland<sup>2</sup>  
im 2. Quartal 1985**

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegenüber Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen				Ins-gesamt	Männer	Frauen	Ins-gesamt
	Gesamt	Arbeiter	Ang. u. Beamte	Auszu-bildende	Gesamt	Arbeiter	Ang. u. Beamte	Auszu-bildende				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	191	123	32	36	72	39	16	17	263	2,1	2,9	2,3
Bergbau	202	152	35	15	9	3	6	0	211	-3,3		-3,2
Energiewirtschaft	217	115	95	7	34	6	28	0	251	0,9	0,0	0,8
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3</sup>	5 523	3 594	1 442	487	2 333	1 400	736	197	7 856	1,0	0,9	1,0
dav.: Grundstoff- und Prod.-güter	1 141	778	311	52	275	117	136	22	1 416	-1,0	0,7	-0,6
Investitionsgüter	3 047	1 912	831	304	999	573	361	65	4 046	-2,7	2,9	-2,7
Verbrauchsgüter	894	630	194	70	758	566	135	57	1 652	-0,9	-1,0	-1,0
Nahrungs- und Genußmittel	441	274	106	61	301	144	104	53	742	-0,9	-0,3	-0,7
Baugewerbe	1 134	828	150	156	115	12	91	12	1 249	-9,6	-4,2	-9,2
Produzierendes Gewerbe	7 076	4 689	1 722	665	2 491	1 421	861	209	9 567	-1,0	0,6	-0,6
Handel	1 301	449	677	175	1 657	229	1 182	246	2 958	1,3	0,4	0,8
Verkehr <sup>4</sup>	1 086	473	557	56	294	78	204	12	1 380	-0,7	-0,7	-0,7
Handel und Verkehr	2 387	922	1 234	231	1 951	307	1 386	258	4 338	0,4	0,2	0,3
Öffentlicher Dienst <sup>5</sup>	2 364	364	1 951	49	1 627	253	1 313	61	3 991	-0,2	1,6	0,5
Geld-, Bank- u. Versicherungsgew.	404	13	341	50	388	22	320	46	792	0,7	0,8	0,8
Gastgewerbe	247	133	93	21	296	169	118	9	543	5,6	5,0	5,2
Häusliche Dienste	1	—	1	—	230	143	76	11	231		-0,4	-0,4
Dienstleistungshandwerk <sup>6</sup>	201	171	18	12	480	325	80	75	681	6,3	6,4	6,4
Sonstige Dienstleistungen <sup>7</sup>	774	232	501	41	952	206	640	106	1 726	7,5	4,6	5,9
Dienstleistungen, gesamt	3 991	913	2 905	173	3 973	1 118	2 547	308	7 964	2,0	2,9	2,4
Insgesamt	13 645	6 647	5 893	1 105	8 487	2 885	4 810	792	22 132	0,1	1,6	0,7
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) <sup>8</sup>												
Land- und Forstwirtschaft	1 362	885	415	62	398	222	147	29	1 760	5,9	5,0	5,7
Bergbau	2 206	1 518	639	49	101	25	76	0	2 307	1,0		1,2
Energiewirtschaft	2 442	1 141	1 284	17	330	40	290	0	2 772	5,0	3,8	4,9
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3</sup>	59 742	35 165	23 623	954	16 814	8 869	7 563	382	76 556	9,4	8,6	9,2
dav.: Grundstoff- und Prod.-güter	13 876	8 058	5 712	106	2 413	813	1 556	44	16 289	5,7	7,4	6,0
Investitionsgüter	33 474	19 104	13 777	593	7 917	3 944	3 847	126	41 391	13,3	13,2	13,3
Verbrauchsgüter	8 463	5 507	2 815	141	4 727	3 324	1 289	114	13 190	4,0	4,1	4,0
Nahrungs- und Genußmittel	3 929	2 496	1 319	114	1 757	788	871	98	5 686	3,0	3,5	3,2
Baugewerbe	10 402	8 035	2 038	329	823	84	714	25	11 225	-10,4	-2,6	-9,9
Produzierendes Gewerbe	74 792	45 859	27 584	1 349	18 068	9 018	8 643	407	92 860	5,7	7,9	6,2
Handel	11 345	3 354	7 689	302	10 323	1 320	8 584	419	21 668	3,9	3,2	3,6
Verkehr <sup>4</sup>	10 237	3 932	6 200	105	2 364	431	1 911	22	12 601	2,1	2,6	2,2
Handel und Verkehr	21 582	7 286	13 889	407	12 687	1 751	10 495	441	34 269	3,0	3,1	3,1
Öffentlicher Dienst <sup>5</sup>	22 368	2 867	19 403	98	13 189	1 333	11 735	121	35 557	3,0	5,0	3,7
Geld-, Bank- u. Versicherungsgew.	4 790	114	4 557	119	3 437	148	3 180	109	8 227	5,3	5,8	5,5
Gastgewerbe	1 931	928	966	37	1 537	800	722	15	3 468	9,3	8,7	9,1
Häusliche Dienste	10	—	10	—	1 040	595	431	14	1 050		3,4	3,3
Dienstleistungshandwerk <sup>6</sup>	1 249	1 050	183	16	2 115	1 487	533	95	3 364	9,9	10,3	10,2
Sonstige Dienstleistungen <sup>7</sup>	7 102	1 719	5 307	76	5 373	1 087	4 091	195	12 475	10,9	8,3	9,7
Dienstleistungen, gesamt	37 450	6 678	30 426	346	26 691	5 450	20 692	549	64 141	5,2	6,3	5,7
Insgesamt	135 186	60 708	72 314	2 164	57 844	16 441	39 977	1 426	193 030	5,2	6,1	5,4
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM) <sup>8</sup>												
Land- und Forstwirtschaft	2 377	2 398	4 323	574	1 843	1 897	3 063	569	2 231	3,7	2,1	3,3
Bergbau	3 640	3 329	6 086	1 089	3 741	2 778	4 222		3 645	4,5		4,6
Energiewirtschaft	3 751	3 307	4 505	810	3 235	2 222	3 452		3 681	4,1	3,8	4,0
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3</sup>	3 606	3 261	5 461	653	2 402	2 112	3 425	646	3 248	8,3	7,6	8,1
dav.: Grundstoff- und Prod.-güter	4 054	3 452	6 122	679	2 925	2 316	3 814	667	3 835	6,8	6,6	6,7
Investitionsgüter	3 662	3 331	5 526	650	2 642	2 294	3 552	646	3 410	10,4	10,0	10,3
Verbrauchsgüter	3 155	2 914	4 837	671	2 079	1 958	3 183	667	2 661	4,9	5,1	5,0
Nahrungs- und Genußmittel	2 970	3 036	4 148	623	1 946	1 824	2 792	616	2 554	3,9	3,9	3,9
Baugewerbe	3 058	3 235	4 529	703	2 386	2 333	2 615	694	2 996	-0,8	1,6	-0,8
Produzierendes Gewerbe	3 523	3 260	5 340	676	2 418	2 115	3 346	649	3 235	6,8	7,2	6,8
Handel	2 907	2 490	3 786	575	2 077	1 921	2 421	568	2 442	2,5	2,9	2,8
Verkehr <sup>4</sup>	3 142	2 771	3 710	625	2 680	1 842	3 123	611	3 044	2,9	3,3	2,9
Handel und Verkehr	3 014	2 634	3 752	587	2 168	1 901	2 524	570	2 633	2,7	2,9	2,8
Öffentlicher Dienst <sup>5</sup>	3 154	2 625	3 315	667	2 702	1 756	2 979	661	2 970	3,2	3,4	3,2
Geld-, Bank- u. Versicherungsgew.	3 952	2 923	4 455	793	2 953	2 242	3 313	790	3 463	4,5	4,9	4,7
Gastgewerbe	2 606	2 326	3 462	587	1 731	1 578	2 040	556	2 129	3,6	3,6	3,6
Häusliche Dienste	3 333	—	3 333	—	1 507	1 387	1 890	424	1 515		3,8	3,8
Dienstleistungshandwerk <sup>6</sup>	2 071	2 047	3 389	444	1 469	1 525	2 221	422	1 647	3,4	3,6	3,5
Sonstige Dienstleistungen <sup>7</sup>	3 059	2 470	3 531	618	1 881	1 759	2 131	613	2 409	3,1	3,5	3,6
Dienstleistungen, gesamt	3 128	2 438	3 491	667	2 239	1 625	2 708	594	2 685	3,2	3,3	3,2
Insgesamt	3 302	3 044	4 090	653	2 272	1 900	2 770	600	2 907	5,0	4,4	4,7

<sup>1</sup> Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — <sup>2</sup> Einschl. Berlin (West). — <sup>3</sup> Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — <sup>4</sup> Einschl. Bundesbahn und Bundespost. — <sup>5</sup> Einschl. Soldaten. — <sup>6</sup> U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — <sup>7</sup> U.a. Organisationen ohne Erwerbszweck und freie Berufe. — <sup>8</sup> Einschl. tariflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monatseinkommen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u.a.).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.



Für die Diskrepanz in der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit gibt es, neben der nach wie vor steigenden Zahl des Erwerbspersonenpotentials, eine offenbar zunehmendes Gewicht erhaltende Begründung. Die verbesserten Chancen, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, veranlassen eine größer werdende Zahl von Personen, die bisher der stillen Reserve zugerechnet worden waren, zur Rückkehr an den offiziellen Arbeitsmarkt. Vor allem dürfte es sich hierbei um Frauen handeln, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen hatten. Deshalb kommt bei der Betrachtung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nach Geschlechtern die erwähnte Diskrepanz vor allem bei den Frauen zum Ausdruck. Saisonbereinigt hat sich bei dieser Gruppe der Anstieg der Arbeitslosigkeit unvermindert fortgesetzt. Im Vorjahresvergleich war die Zahl hier im Oktober um rund 30 000 höher, bei den Männern dagegen um rund 30 000 niedriger, und dies, obwohl die Frauen offenbar stärker als die Männer von der insgesamt aufwärtsgerichteten Beschäftigungsentwicklung profitieren. Nach den allerdings nur bis zum zweiten Quartal 1985 reichenden Informationen waren in dieser Periode rund 1,5 vH mehr Frauen, aber nur 0,1 vH mehr Männer beschäftigt als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Zum Teil hängt dieser Unterschied allerdings mit der konjunkturellen Sonderentwicklung des Baugewerbes zusammen, d. h. dem erheblichen Produktions- und Beschäftigungseinbruch in diesem Sektor, der fast ausschließlich Männer betroffen hat.

Die im derzeitigen konjunkturellen Aufschwung verzögerte und danach zunächst auch nur verhaltene Reaktion der Beschäftigtenzahl erklärt sich zum Teil mit der hohen Zahl von Kurzarbeitern am Beginn dieser Entwicklung: Im Winterhalbjahr 1982/83 hatte sie im Durchschnitt weit mehr als eine Million betragen. Sie ist dann rasch abgebaut worden und hatte zuletzt mit etwa 160 000 nur noch vergleichsweise geringe Bedeutung. Sektoral spielt sie in der Bauwirtschaft, in der Holzverarbeitung sowie in der Textil- und Bekleidungsindustrie eine Rolle; in den konjunkturell begünstigten Wirtschaftszweigen, vor allem im Investitionsgütergewerbe, gab es zuletzt kaum noch Kurzarbeit.

Die Arbeitsämter haben ihre Vermittlungstätigkeit seit 1982, als ihnen nur 1,4 Mill. Stellenvermittlungen möglich waren, von Jahr zu Jahr intensiviert. In diesem Jahr dürften sie etwa 1,9 Mill. verzeichnen können, rund 8 vH mehr als im Vorjahr. Auch wegen dieser relativ raschen Besetzung von Stellen, die als offen gemeldet werden, nimmt der Bestand an offenen Stellen nach wie vor nur wenig zu. Saisonbereinigt waren es zuletzt rund 120 000; verglichen mit dem Bestand an Arbeitslosen, der zugleich rund 2,3 Mill. betrug, belief sich die Relation auf 1:19. Hierbei ist außerdem zu bedenken, daß der Arbeitsmarkt durch die übrigen Aktivitäten der Bundesanstalt für Arbeit, nämlich durch Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und zur beruflichen Förderung, nach wie vor nicht unerheblich entlastet wird. Bei einer Gesamtzahl von rund 300 000 Personen, die in solche Maßnahmen einbezogen waren, ergab sich im Oktober 1985 im Vorjahresvergleich nochmals ein Anstieg um rund 30 000 Personen, d. h. etwa 11 vH.

### Sektorale Beschäftigungsentwicklung

Legt man der Analyse der Beschäftigungsentwicklung in den Wirtschaftsbereichen und wichtigen Wirtschaftszweigen den Zeitraum vom dritten Quartal 1984 bis zum zweiten Quartal 1985 zugrunde — nur bis dahin ist die Analyse statistisch für alle Bereiche möglich —, so ergibt sich saisonbereinigt ein Anstieg der gesamten Beschäftigtenzahl um 150 000. Er setzt sich zusammen aus einer Mehrbeschäftigung von ebenfalls 150 000 im Dienstleistungssektor und von rund 85 000 im verarbeitenden Gewerbe; Handel und Verkehr haben ihre Beschäftigtenzahl in dieser Zeit nur leicht — um 10 000 — gesteigert. Die konjunkturelle Sonderentwicklung im Baugewerbe führte dazu, daß dort in der genannten Periode die Beschäftigtenzahl um 100 000 zurückgeführt werden mußte, seit Beginn des Beschäftigungseinbruchs Anfang 1984 hat das Baugewerbe bis zur Jahresmitte 1985 sogar rund 130 000 Beschäftigte entlassen. Die negative Wirkung der Baukrise auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsentwicklung ist damit jedoch nur unzureichend quantifiziert; denn außerhalb der Bauwirtschaft, vor allem in den vor-, aber auch in einigen nachgelagerten Bereichen, hätte

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl<sup>1</sup>

in 1 000

	1982	1983				1984				1985		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Land- u. Forstwirtschaft	244	245	245	248	250	250	250	251	251	255	256	.
Produzierendes Gewerbe	9 966	9 840	9 761	9 721	9 701	9 691	9 654	9 627	9 626	9 620	9 607	9 644
dar.: Verarb. Gewerbe	8 097	7 990	7 908	7 856	7 837	7 827	7 807	7 802	7 824	7 855	7 886	7 933
Baugewerbe	1 387	1 370	1 377	1 389	1 391	1 392	1 379	1 359	1 340	1 303	1 258	1 245
Handel und Verkehr	4 390	4 369	4 355	4 346	4 340	4 339	4 333	4 337	4 349	4 347	4 347	.
Dienstleistungen	7 639	7 670	7 687	7 715	7 741	7 761	7 797	7 837	7 895	7 927	7 988	.
Beschäftigte, gesamt	22 239	22 123	22 048	22 029	22 027	22 041	22 034	22 053	22 126	22 150	22 200	22 260

<sup>1</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

sich die Beschäftigung ohne diesen Sonderfaktor günstiger entwickelt. Allerdings hat sich in diesem Wirtschaftsbereich der Abbau der Beschäftigtenzahl zuletzt nur noch stark verlangsamt fortgesetzt; die positiven Tendenzen in der Industrie und im Dienstleistungsbereich können sich seit der Jahresmitte verstärkt auch im Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung niederschlagen.

Obwohl sich der Exportboom, der Produktion und Beschäftigung insbesondere im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe stimuliert hatte, inzwischen abgeschwächt hat, gehen von diesem Bereich nach wie vor die stärksten konjunkturellen Auftriebskräfte für die Beschäftigung aus. Im zweiten Quartal war hier im Vorjahresvergleich ein Anstieg um 2,7 vH festzustellen, während in den anderen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes das Niveau vom Vorjahr noch nicht erreicht worden ist; der Rückstand betrug 0,5 bis 1 vH. Bei saisonbereinigter Betrachtung zeigt sich jedoch, daß der Anstieg der Beschäftigtenzahl seit dem Frühjahr auch das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und seit der Jahresmitte das Verbrauchsgütergewerbe erfaßt hat. Im dritten Quartal haben dann nach den bisher vorliegenden statistischen Informationen alle großen Bereiche des verarbeitenden Gewerbes ihre Beschäftigtenzahl erhöht. Mit dem verstärkten Anstieg insbesondere des privaten Verbrauchs seit dem Frühjahr hat sich die Beschäftigungssituation auch in vielen jener Wirtschaftszweige gebessert, die zuvor im Konjunkturschatten verblieben waren. Rückläufig war die Beschäftigungsentwicklung bis zuletzt vor allem in den von der Bauwirtschaft abhängigen Wirtschaftszweigen, wie der Industrie der Steine und Erden und der Feinkeramik, daneben in der Mineralölverarbeitung, aber auch in der Möbelindustrie.

Der Dienstleistungssektor zeichnete sich schon längst, bevor der allgemeine konjunkturelle Beschäftigungsanstieg einsetzte, durch eine kontinuierliche Erhöhung der Zahl seiner Beschäftigten aus. Nach der neuen Revision ist die expansive Tendenz sogar noch größer als vorher

angenommen. Im zweiten Quartal waren innerhalb des Dienstleistungssektors im Gastgewerbe 5 vH, im Dienstleistungshandwerk und in dem heterogenen Zweig „sonstige Dienstleistungen“ sogar etwa 6 vH mehr Arbeitnehmer beschäftigt als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Im öffentlichen Dienst war dagegen nur eine geringfügige Aufstockung der Personalzahl zu verzeichnen; sie betraf allein die Frauen, offenbar wegen der Erhöhung der Zahl von Teilzeitpositionen.

## Durchschnittseinkommen

Die Abschlüsse in der diesjährigen Lohnrunde streuten um die Rate von 3 vH. Deutlich höher war der zur Jahresmitte wirksam gewordene Abschluß für die Beschäftigten in der chemischen Industrie, in der Papier- und Pappeverarbeitung sowie im Bank- und im Versicherungsgewerbe. Deutlich unter dem mittleren Wert lag der Lohnabschluß im Baugewerbe und im Einzelhandel. Zu bemerken ist, daß die — im Vorjahresvergleich berechneten — tariflichen Steigerungen der Lohn- und Gehaltsätze im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft von Vierteljahr zu Vierteljahr erheblich variieren. So ergaben sich in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres tarifliche Steigerungsraten von reichlich 3 vH, im dritten Quartal waren es weniger als 3 vH. Diese unstete Entwicklung hängt damit zusammen, daß in vielen Bereichen von der früher üblichen Laufzeit der neuen Verträge von zwölf Monaten abgewichen wird; in Tarifbereichen, in denen Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten vereinbart wurden, ergeben sich in der Regel dann für die über zwölf Monate hinausgehende Zeit keine oder geringere Erhöhungen im Vorjahresvergleich.

Seit Jahresmitte 1983 weicht die Zunahme der effektiven Bezahlung im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft nach oben von den tariflichen Steigerungen ab, die „Lohndrift“ ist seitdem wieder positiv. Zeitweilig gab es allerdings erhebliche Abweichungen von diesem „Trend“: Im ersten Quartal 1984 war die positive Lohndrift unge-

Wichtige Tarifabschlüsse 1984/85\*

Wirtschaftszweig	Tarif- erhöhung in vH <sup>1</sup>	Nebenregelungen	Beginn der Laufzeit <sup>2</sup>
Öffentlicher Dienst Bundesbahn, Bundespost	3,2	Tariferhöhung vom 1.1.85 an. Für die Monate September bis Dezember 1984: 240 DM Pauschalbetrag. Verbesserungen der Urlaubsregelung. Stufenweise Einführung zusätzlicher arbeitsfreier Tage.	1.9.84 (16 Monate)
Schuhindustrie	3,2	Von 1986 an Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit um 1 bis 3 Tage in Stufen	1.1.85
Chemische Industrie	3,8	Beschäftigte, die 58 Jahre oder älter sind, haben nach 10 Jahren Betriebszugehörigkeit die Möglichkeit, 20 Wochenstunden zu arbeiten. Sie erhalten dafür 85 vH ihrer letzten Bezüge. Kann der Arbeitgeber keine Teilzeitarbeitsplätze anbieten, gilt eine tarifliche Vorruhestandsregelung (75 vH des bisherigen Bruttoentgelts). Festschreibung der 40-Stunden-Woche bis Ende 1988.	1.7./1.8. u. 1.9.85 <sup>3</sup>
Bankgewerbe	3,6	Anhebung der vermögenswirksamen Leistungen von 624 auf 780 DM im Jahr. Verbesserung der Vorruhestandsregelung: Arbeitnehmer mit 20-jähriger Betriebszugehörigkeit können zwei Jahre vor Erreichen der Altersgrenze Rente erhalten. Beschäftigte mit 10 Jahren Betriebszugehörigkeit erhalten vom 58. Lebensjahr an Rente, wenn ihr Arbeitsplatz aus Rationalisierungsgründen wegfällt.	1.3.85
Papier- und Papp- verarbeitende Industrie	3,75		1.2.85
Versicherungsgewerbe	3,6		1.4.85
Baugewerbe	2,4	Tariflohnerhöhung vom 1.8.85 an. Für die Monate April bis Juli 1985: Lohnerhöhungspause (Tarifsteigerung auf 12 Monate umgerechnet: 1,6 vH).	1.4.85
Steinkohlenbergbau	3,1	Von 1986 an: Zwei Freischichten, die stufenweise auf sieben im Jahr 1989 steigen.	1.5.85 (14 Monate)
Einzelhandel	2,5	Laufzeit der ersten Erhöhungsstufe 12 oder 13 Monate, dann weitere 2,1 vH Tariferhöhung. Vom 1.1.86 an Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden.	1.3.-1.7.85 <sup>3</sup> (24 Monate)

\* In der Reihenfolge der Abschlüsse.

<sup>1</sup> Gegebenenfalls die erste Stufe der vereinbarten prozentualen Anhebungen. - <sup>2</sup> Laufzeit: 12 Monate, falls nicht anders vermerkt. - <sup>3</sup> Regional unterschiedlich.

wöhnlich stark, da die Unternehmen Sonderzahlungen, wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, vorgezogen hatten, um diese der erhöhten Beitragspflicht zu entziehen. Im zweiten Vierteljahr 1984 und im ersten Vierteljahr 1985 hingegen war die Lohndrift negativ; Gründe hierfür waren die Arbeitskämpfe in der Metallindustrie im Frühjahr 1984 und der harte Winter zu Beginn des Jahres 1985.

Die Entwicklung der Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer ist ebenfalls von diesen „Störungen“ und ihren Rückwirkungen beeinflusst worden. Die Zuwachsraten, gemessen im Vorjahresvergleich, war deshalb im ersten Viertel dieses Jahres besonders niedrig (0,5 vH), im zweiten — aufgrund der arbeitskampfbedingten niedrigen

Zahlungen im Vorjahr — überhöht (4,7 vH). Bereinigt von Sondereinflüssen dürfte die Entwicklung der durchschnittlichen Effektivemkommen in der Gesamtwirtschaft nahe bei 4 vH gelegen haben, eine Rate, wie sie dann im dritten Quartal annähernd erreicht worden ist.

Bei einer Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen zeigt sich, daß im ersten Quartal dieses Jahres der Anstieg der Durchschnittseinkommen vor allem durch den starken Rückgang der Bezahlung im Baugewerbe gedrückt worden ist. Hier spielte die witterungsbedingt hohe Zahl von Ausfalltagewerken die entscheidende Rolle. In den anderen Wirtschaftsbereichen kam die relativ niedrige Zahl bezahlter Arbeitstage hinzu, die sich sowohl in den

Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen<sup>1</sup> und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen<sup>2</sup>

	1982			1983				1984				1985		
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Zunahme gegenüber Vorjahr in vH														
Arbeiter														
effektiv	3,1	3,3	3,8	2,2	2,9	3,8	4,3	8,2	-0,1	1,8	4,3	-1,3	6,3	.
tariflich <sup>3</sup>	4,5	3,8	3,9	4,0	3,7	3,2	3,1	3,0	1,8	2,8	2,9	3,3	3,4	2,1
Angestellte														
effektiv	3,7	3,9	3,6	3,3	2,8	3,3	3,8	5,3	2,0	2,7	3,2	2,1	5,1	.
tariflich <sup>3</sup>	4,8	4,1	4,0	4,1	3,9	3,0	3,0	3,0	1,7	2,4	2,5	3,4	3,6	2,7
Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate														
Arbeiter	-1,4	-0,5	-0,1	-1,8	-0,8	0,6	1,2	5,2	-1,9	-1,0	1,4	-4,6	2,9	.
Angestellte	-1,1	-0,2	-0,4	-0,8	-1,1	0,3	0,8	2,3	0,3	0,3	0,7	-1,3	1,5	.

<sup>1</sup> Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne. — <sup>2</sup> Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr und öffentlicher Dienst, bei den Angestellten zusätzlich Geld-, Bank- und Versicherungswesen. — <sup>3</sup> Jeweils der erste Monat eines Vierteljahres.  
*Quelle:* Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 16, Löhne und Gehälter, Reihe 4.3, Index der Tariflöhne und -gehälter, Berechnungen des DIW.

Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden

Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1983	1984				1985		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Verarb. Gewerbe <sup>1</sup>	2,1	4,1	-3,3	-0,2	0,4	-2,6	2,4	0,8
Bauhauptgewerbe	-4,0	4,0	-2,3	-2,7	2,4	-27,0	-4,3	-0,3

<sup>1</sup> Einschließlich Bergbau. Nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.  
*Quellen:* Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 4, Produzierendes Gewerbe, Reihe 4.1.1, Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe; Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft.

Bereichen des verarbeitenden Gewerbes als auch in den Dienstleistungssektoren dämpfend auf den Lohnzuwachs auswirkte.

Für die relativ hohe Rate im zweiten Quartal 1985 war der weit überdurchschnittliche Anstieg im Investitionsgütergewerbe (10,3 vH) ausschlaggebend. Er beruhte auf dem streikbedingt niedrigen Niveau der Bezüge ein Jahr zuvor. Abgesehen von diesem Sondereinfluß streuten die durchschnittlichen Steigerungen der Bezüge in den Wirtschaftsbereichen relativ eng um den Zuwachs von 4 vH. Tendenziell höher war die Steigerung im produzierenden Gewerbe mit Ausnahme des Baugewerbes. Die niedrigere Rate des Dienstleistungssektors ist von den nach wie vor knappen Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst beeinflusst; in den übrigen Dienstleistungszweigen hielten sie sich im gesamtwirtschaftlichen Rahmen, im Handel wie auch im Verkehr fielen die Ver-

dienststeigerungen mit weniger als 3 vH besonders bescheiden aus.

Tendenziell steigen die durchschnittlichen Arbeitnehmerereinkommen seit etwa einem Jahr wieder etwas rascher als die Preise für Güter und Dienste des privaten Verbrauchs, real haben also die Bruttozüge wieder zugenommen. Dies bedeutet auch, daß sich der Anstieg der Lohnstückkosten etwas verstärkt hat. In der Gesamtwirtschaft waren die Lohnstückkosten zuletzt um etwa 2 vH höher als im Vorjahr, in der Industrie, wo sie 1983 und 1984 spürbar gesunken waren, haben sie zuletzt ihr Vorjahresniveau geringfügig überschritten. Die Kostenbelastung der Unternehmer hat sich insgesamt jedoch nicht entsprechend erhöht, weil die Einfuhrpreise gesunken sind und viele importierte Vorleistungen billiger wurden. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen weiterhin deutlich stärker als die Bezüge der Arbeitnehmer.

**Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen**

Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1983	1984	1983			1984				1985			
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	VI <sup>1</sup>
Beschäftigung	-1,7	0,0	-2,1	-1,6	-0,9	-0,4	-0,1	0,1	0,5	0,5	0,7	0,9	1
Bruttolöhne und -gehälter	1,5	3,0	0,6	1,6	2,6	5,5	1,2	1,9	3,5	1,0	5,4	4,5	4,5
Durchschnittseinkommen	3,2	3,0	2,7	3,3	3,5	5,9	1,3	1,7	3,0	0,5	4,7	3,5	3,5

<sup>1</sup> Schätzung, gerundet.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

**Ausblick**

Die konjunkturelle Situation in der Bundesrepublik wird sich in der kommenden Zeit weiter verbessern. Ganz deutlich kommt dies z.B. in den weiter steigenden Inlandsaufträgen beim verarbeitenden Gewerbe, aber auch im Geschäftsklima-Index des Ifo-Instituts, München, zum Ausdruck, der zuletzt den höchsten Stand in den letzten fünf Jahren erreicht hat. Vieles spricht dafür, daß sich dabei auch die Bereitschaft der Unternehmen, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen, weiter vergrößern wird.

Die günstige Grundtendenz der Konjunktur und der Beschäftigung ist allerdings am Jahresende 1985 durch den frühen Einbruch des Winters überlagert worden. Im November ist die Zahl der Arbeitslosen deshalb saisonbereinigt wieder gestiegen, ein Indikator dafür, daß insbesondere vom Baubereich verstärkt negative Tendenzen auf den Arbeitsmarkt gewirkt haben. Dort hat auch die Kurzarbeit wieder deutlich zugenommen. Da sich jedoch die Expansion der Beschäftigung in der Industrie und im Dienstleistungsbereich fortgesetzt hat, dürfte die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im vierten Quartal 1985 abermals deutlich gestiegen sein und um rund 1 vH höher als im Vorjahr gelegen haben. Saisonbereinigt kann für das Jahresendquartal mit einer Steigerung der Beschäftigtenzahl um mindestens 50 000 gerechnet werden.

Die vorliegenden Prognosen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr, nach denen das reale Brutto sozialprodukt um rund 3 vH höher sein wird als 1985, begründen die Hoffnung, daß sich der Anstieg der Beschäftigtenzahl etwa mit dem gleichen Tempo wie bisher fortsetzen, d. h. etwa 250 000 im Jahresdurchschnitt betragen wird. Bei weiter zunehmendem Erwerbspersonenpotential und einem fortgesetzten Rückstrom

aus der stillen Reserve zum offiziellen Arbeitsmarkt wird dabei die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1986 aber nur wenig abnehmen. Allerdings soll die Arbeitslosenstatistik auch durch die Einführung eines „Vorruhestandes für arbeitslose ältere Arbeitnehmer“ entlastet werden: Arbeitslose im Alter von 58 Jahren und mehr werden dann nicht mehr als Arbeitslose geführt, wenn sie erklären, daß sie auf eine Arbeitsvermittlung keinen Wert mehr legen. Sie erhalten dann jedoch die ihnen zustehenden Leistungen weiter. Es wird geschätzt, daß auf diese Weise das Niveau der Arbeitslosigkeit um etwa 100 000 abgebaut wird. Auch dabei ergibt sich aber nur ein Rückgang der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 2,3 Mill. in diesem Jahr auf 2,15 Mill. im kommenden.

Für die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer je Beschäftigten ist für das kommende Jahr ein geringfügig beschleunigter Anstieg zu erwarten. Hierbei spielt auch eine Rolle, daß in der neuen Lohnrunde die Aufrechnung von Verkürzungen der Wochenarbeitszeit gegen Erhöhungen der Barbezüge eine geringere Rolle als 1985 spielen wird. Von den größeren Wirtschaftsbereichen ist offenbar nur für den Einzelhandel eine Reduzierung der individuellen Arbeitszeit vorgesehen. Die Brutto lohn- und -gehaltsumme wird dabei 1986 wohl um etwa 4,5 vH steigen, nach 4 vH in diesem Jahr. Aufgrund der am 1. Januar 1986 wirksam werdenden steuerlichen Entlastung wird der Beschleunigungseffekt bei der Netto lohn- und -gehaltsumme erheblich größer ausfallen; die Netto bezüge der Arbeitnehmer werden insgesamt um 5 vH, nach 2,5 vH in diesem Jahr, zunehmen. Sie werden damit die Preissteigerungsrate erstmals seit Jahren deutlich über treffen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
 Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00  
 BTX-Systemnummer - 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dieter Teichmann.

Trotz Steuerentlastungen weiterer Rückgang der Staatsdefizite. Bearbeitet von Dieter Vesper. — Beschäftigungssituation deutlich gebessert. Bearbeitet von Horst Seidler.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.  
 Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.  
 Zuzüglich Versandkosten.